

MoZ! : Mutterschaft ohne Zwang!

Autor(en): **Haak, Jutta / Bosshard, Vreni / Wirz, Franziska**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **13 (1987)**

Heft 3

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-360624>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



2. MEETING IN ZÜRICH

“Selbstbestimmung über Gebärfähigkeit und Sexualität” – unter diesem Titel fand am 24. Januar 87 in Zürich das 2. MoZ-Meeting statt. Die TeilnehmerInnenzahl – zwischen 70 und 150 (je nach Thema), darunter auch einige wenige Männer – übertraf unsere kühnsten Erwartungen. Das zeigte uns, dass – entgegen anderslautenden Unkrufen – die Misere um den Schwangerschaftsabbruch wieder auf breiteres Interesse stösst, ein Bedürfnis da ist, “etwas” dagegen zu machen. Es zeigte sich aber auch, dass die Mittel, diese Misere anzugehen, nachwievor umstritten sind: von der Ablehnung jedes institutionalisierten Mittels und jeder Zusammenarbeit mit Parteien und Gewerkschaften bis zum angeblich “realistischen” Verzicht auf notwendige Forderungen war jede Meinung vertreten. Im folgenden Artikel geben wir den Ablauf, sowie Inhalte und Ergebnisse des Meetings wieder.

Eingeleitet wurde das Meeting durch ein Referat von Lisa Degener, Aktivistin in der BRD in Sachen Schwangerschaftsabbruch (§218-Koordination, Erstunterzeichnerin des Manifests gegen den §218). Wir haben eine Referentin aus der BRD eingeladen, weil die dortige Situation mit der schweizerischen vergleichbar ist, die deutschen Feministinnen aber bereits aus der Defensive herausgetreten sind. Das macht ihre Erfahrungen so aufschlussreich für uns. (Siehe Artikel im Kasten)

Angeregt und aufgestellt durch das positive Beispiel aus der BRD machten wir uns nach der Mittagspause an die eher mühsame politische Realität in der Schweiz, beginnend bei den Stellungnahmen der Organisationen zu einem Brief der MoZ vom Oktober 1986. Wir hatten darin unsere Ablehnung der föderalistischen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs dargelegt und darauf hingewiesen, dass wir heute gleichzeitig für das Recht auf Abtreibung und gegen jeglichen Zwang zur Abtreibung aufgrund der pränatalen Diagnostik kämpfen müssen. Weiter stellten wir (sinngemäss) folgende Fragen: Wie wird die heutige Situation des Schwangerschaftsabbruchs beurteilt, und welche Pläne bestehen bezüglich der gesetzlichen Regelung und im Hinblick auf die Praxis des Schwangerschaftsabbruchs in den verschiedenen Kantonen? Welche Einschätzungen und Pläne sind bezüglich der neuen Gen- und Reprotechniken vorhanden?

Im weiteren hatten wir den AdressatInnen die Gründung eines gesamtschweizerischen Diskussions- und Aktionsforums MoZ auf der Grundlage eines Aktionsprogramms für Selbstbestimmung (siehe Kasten) vorgeschlagen. Das Echo auf diese “Vernehmlassung” war nicht gerade überwältigend. Zwar unterstützen fast alle die Antworten, die Forderungen des Aktionsprogramms (Infra CH, SPS-Frauenkommission, VPOD-Frauen, Nottelefon und Frauenhaus Basel, SAP). Einzige Ausnahme ist die SVSS (Schweiz. Ver-

einigung für die Strafflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs): Sie hält die im Aktionsprogramm geforderte Zahlungspflicht der Krankenkassen für “unrealistisch” und die Sorge um die neuen Gen- und Reproduktionstechnologien für “hochgespielt”. Deutlich wurde aber auch, dass den meisten Organisationen die Probleme nicht gerade unter den Nägeln brennen. Die SVSS hat sich zwar für die Lancierung einer neuen Initiative ausgesprochen, will aber auf absolut notwendige Forderungen wie die gesamtschweizerische (statt föderalistische) Liberalisierung und/oder die Zahlungspflicht der Krankenkassen verzichten. SPS und POCH stellen das Mittel der Initiative in Frage, ohne jedoch andere Mittel vorzuschlagen. Die SAP schlägt ein Treffen aller Organisationen vor, die eine Initiative lancieren wollen, spricht sich aber wie die SVSS für eine Initiative ohne Krankenkasse aus. Das Bild wäre hoffnungslos, gäbe es nicht die betroffenen und potentiell betroffenen Frauen, organisiert oder unorganisiert, und die, die beruflich oder nebenberuflich mit dem Problem Schwangerschaftsabbruch konfrontiert sind. Da sieht es dann nämlich ganz anders aus: Aus der INFRA Schweiz haben sich neun Frauen aus den verschiedenen Sektionen als MoZ-Kontaktfrauen zur Verfügung gestellt, um mit uns zusammenzuarbeiten.

Der anschliessende Beitrag der Frauengruppe Antigena, die wir auch um eine Stellungnahme gebeten hatten, glieder-

te sich in zwei Teile: Zum einen die Kritik an der MoZ und ihrer Projekte nach dem Motto "all we need is zoff", zum anderen einen informativen Beitrag über die Gefahren von Genterapie, Reproduktionstechnologie und pränatale Diagnostik für das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Aus dem Referat der Antigena, unserem eigenen Referat und aus der anschließenden Diskussion möchten wir nun drei kontroverse Fragen herausgreifen.

2. Bündnisse

Zugegeben: die heutige Linke bietet in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs ein tristes Bild. Wir meinen, dass es den Druck von uns Frauen braucht, damit sie aus ihrer heutigen Passivität heraustritt und mit uns *alle* unverzichtbaren Forderungen stellt. Eine gesamtschweizerische Fristenlösung mit garantierter Bezahlung durch die Krankenkasse ist *minimale* Voraussetzung unserer Selbstbestimmung. – So-

“Die heutige Linke bietet in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs ein tristes Bild.”

1. Selbstbestimmung

Im engeren Sinn erfordert es zwei gesellschaftliche Veränderungen: Erstens die Beseitigung staatlicher Kontrolle über den weiblichen Körper. Die berüchtigten Strafgesetzkartikel, die die Abtreibung unter Strafe stellen, sind nur die Spitze des Eisberges. Zweitens den Ausbau und die soziale Finanzierung der autonomen Infrastrukturen der Frauenbewegung (Infra's, Ambi's), die soziale Finanzierung von Schwangerschaftsabbruch und Verhütung durch Krankenkassen und die Rückeroberung und an den Bedürfnissen der Frauen orientierte Umgestaltung der Gynäkologie.

Im vollständigen Sinn erfordert das Selbstbestimmungsrecht Umwälzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere Mutterschaftsschutz, Elternurlaub, Kindertagesstätten.

Die erste Kritik der Antigena an der MoZ lautete, Selbstbestimmung könne

weit das Projekt der MoZ.

Die Antigena kritisiert an diesem Projekt, dass wir das Bündnis mit den gemischten Linken überhaupt noch suchen. In der Diskussion wurde sogar die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsfrauen in Frage gestellt.

Wir meinen, dass eine Bewegung umso mehr erreichen kann, je mehr Unterstützung und Mitengagement sie für ihre Forderungen gewinnt. Ausschlüsse zum vornherein scheinen uns deshalb kontraproduktiv, und erst recht die Trennung der Frauenbewegung in "Autonome" und "Gewerkschafterinnen". Kontraproduktiv ist aber auch der Verzicht auf notwendige Forderungen im Namen eines sogenannten "Realismus". Auch diese Meinung wurde vertreten.

3. Realismus

In der Diskussion wurde von einigen Parteifrauen die Minimalforderung der MoZ als "unrealistisch" kritisiert, weil

“...erfordert auch Umwälzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere Mutterschaftsschutz, Elternurlaub, Kindertagesstätten.”

nicht vom Staat gefordert, sondern müsse gelebt werden. Wir fordern nun aber nicht Selbstbestimmung, sondern das *Recht* darauf, die gesellschaftlichen Voraussetzungen dazu. Und gerade da blieb die Antigena die Antwort auf alle Fragen schuldig: Durch welches angeblich "selbstbestimmte" Leben können wir das Strafgesetz, die staatliche Repression und die materiellen Zwänge ausser Kraft setzen? Warum wollen wir diese Gesellschaft überhaupt noch verändern, wenn sie ein selbstbestimmtes Leben schon heute zulässt?

die Organisationen die Krankenkassen nicht im Initiativtext wollten. Wir meinen, dass eine realistische Politik von der Realität der Frauen ausgehen muss.

Die meisten haben wenig oder kein eigenes Geld. Ein Projekt, welches die erreichte Zahlungspflicht der Krankenkassen wieder opfert und Abtreibung wieder zum Privileg der Reichen macht, geht genau in die verkehrte Richtung. Wir hatten für das Meeting eine sehr konkrete Diskussion mit sehr konkreten Aktionsvorschlägen vorbereitet und auch erhofft. Es war wohl in

der heutigen Situation und mit der unverhofft grossen Teilnehmerinnenzahl nicht zu vermeiden, dass die Diskussion teilweise in sehr allgemeinen, strategischen Kontroversen stecken blieb. Erschwerend wirkte, dass die Gegnerinnen des Aktionsforums (in der Regel organisierte Frauen), des Aktionsprogramms und des MoZ-Projekts keine eigenen Vorschläge einbrachten. Dennoch kam in der Diskussion auch deutlich zum Ausdruck, dass die Frage des Schwangerschaftsabbruchs nicht gelöst ist, dass frau handeln sollte. Etwa 20 neue Frauen aus verschiedenen deutschschweizer Regionen erklärten sich bereit, das vorgeschlagene Aktionsforum mit uns zusammen weiter aufzubauen. Das ist für uns eine höchst erfreuliche Verstärkung und Aufmunterung!

Wie sieht nun unsere Arbeit aus: Zur Zeit diskutieren und planen wir die Lancierung eines Manifestes für das Recht auf Abtreibung und seine minimalen Voraussetzungen. Nachdem die eidgenössischen Räte, die nach wie vor ungelösten Probleme stillschweigend begraben wollen, müssen wir Frauen sie erst recht auf den Tisch bringen. Die Nationalratswahlen sind dafür eine günstige Zeit. Im übrigen wollen wir die inhaltlichen Diskussionen über neue Mütterlichkeit, Bevölkerungspolitik und ihre Technologien wieder aufnehmen, die wir in der Meeting-Vorbereitung unterbrechen mussten. Recht viel Energie werden wir auch in Zukunft dafür einsetzen, die MoZ in verschiedenen Regionen und Organisationen bekannt zu machen.

Interessiert?! Schreib uns oder ruf und an: MoZ, Postfach 611, 8026 Zürich; Jutta: P/G 01/954 21 26; Vreni: P 01/69 53 60; Franziska: P 01/930 61 31.

Jutta Haak, Vreni Bosshard, Franziska Wirz

Inserat

